



Diskutierten über die UN-Behindertenrechts-Konvention: Klaus Kinder (von links), Peter Handrich, Johannes Simon, Jutta Wendland-Park und Thorsten Tillner

Visionen für das Zusammenleben

Angehörigenvertreter informieren sich über Behindertenrechts-Konvention

Rotenburg (x). Aus aktuellem Anlass beschäftigte sich die Angehörigenvertretung in den Rotenburger Werken auf ihrer Jahrestagung mit der UN-Behindertenrechts-Konvention. Sie wurde von der Bundesrepublik im März unterzeichnet und muss jetzt in nationales Recht umgesetzt werden. Das kann noch sehr spannend werden.

Denn das Ziel der UN-Konvention ist einfach und ehrgeizig zugleich: Sie fordert für Menschen mit Behinderung Chancengleichheit als gleichberechtigte und selbstbestimmte Mitglieder der Gesellschaft - und das konsequent für alle Lebensbereiche. Das bedeutet beispielsweise die gleiche Anerkennung mit uningeschränkter Rechts-, Geschäfts- und Handlungsfähigkeit, Wahlfreiheit beim Wohnen, gleiche Bildungschancen, gleiches Recht auf Arbeit und Barrierefreiheit - sowohl im Baulichen als auch im Sozialen und im Mentalen. Behinderte sollen von der Gesellschaft als Menschen gleicher Würde mit gleichen Bedürfnissen wahrgenommen und akzeptiert werden.

Das Schlüsselwort zum Er-

reichen dieses Zieles ist die Inklusion. Die Behinderten sollen mitten in der Gesellschaft ihren Platz finden, nicht extra beschult werden, in eigenen Werkstätten arbeiten oder in Wohnanlagen wohnen.

„Die Lebenswirklichkeit Behinderter in Deutschland liegt heute noch weit hinter den Forderungen der UN-Konvention zurück“, sagt Johannes Simon, Vorsitzender der Angehörigenvertretung. Er hatte für die Anwesenden aus ganz Norddeutschland eine Gesprächsrunde organisiert. Sie ging der Frage nach, auf welche Weise sich die UN-Forderungen mit der Realität in Einklang bringen lassen und welche Rolle die Rotenburger Werke dabei spielen können. Mit dabei: die beiden Vorstände Pastorin Jutta Wendland-Park und Thorsten Tillner sowie Pastor Peter Handrich und Klaus Kinder als Vorsitzender des Heimbeirates.

Deutlich wurde, dass die Werke, die bereits ein gutes Stück auf dem Weg der Inklusion gegangen sind, sich mit der Umsetzung der UN-Konvention weiter stark verändern werden. „Wir feiern in diesen Tagen das 100-jährige

Bestehen unserer Lindenschule. Und es macht mich ganz besonders stolz, dass wir schon weit darüber hinaus schauen: Am Ende steht eine Schule für alle und wir werden so eine Schule wie die Lindenschule gar nicht mehr brauchen“, sagt Wendland-Park. Viele Kooperationen mit Grundschulen und ein gemeinsames Bildungsprojekt mit den Berufsbildenden Schulen sind ein erster Schritt in diese Richtung.

Auch im Bereich der Wahlfreiheit zum Wohnen hat die Einrichtung bereits eine Vielfalt an Angeboten. Sie reicht von Wohngruppen über Außenwohnanlagen, ambulant betreutes Wohnen bis zu Einzelwohnungen, die der Forderung der UN ein Stück nahe kommen. Mit der Einrichtung einer Wohngruppe in Scheeßel sind die Werke auch erste Schritte aus der Stadt heraus gegangen.

Zum Thema Recht auf Gesundheit merkte Klaus Kinder vom Heimbeirat an, dass es viele schlechte Erfahrungen von Menschen mit Behinderungen mit Ärzten gibt. „Sie sollten sich mehr Zeit nehmen, um mit den Behinderten alles zu besprechen.“ Dieser

behinderungsbedingte Zeitbedarf müsste laut UN-Konvention von den Kassen bezahlt werden. Als positiv könne die enge Zusammenarbeit zwischen dem Diakonickrankenhaus und den Werken hervorgehoben werden.

Als einen der schwierigsten Punkte sehen die Beteiligten das Abbauen mentaler Barrieren, obwohl Rotenburg als rühmliche Ausnahme hervorgehoben wird. Hier prägen Behinderte seit mehr als 100 Jahren das Stadtbild. Angehörige haben keine Hemmungen, sich mit Behinderten zu zeigen. „Das wird uns immer dann bewusst, wenn wir mit unserer Tochter Urlaub machen und plötzlich wieder misstrauisch beäugt werden“, sagt Simon.

Am Ende erging ein Appell von der Angehörigenvertretung, vom Heimbeirat und vom Vorstand der Rotenburger Werke, sich für die Umsetzung der UN-Konvention stark zu machen. „Das ist ein Meilenstein in der Behindertenpolitik und die Verwirklichung wird dauern. Aber wir sollten den Politikern auf die Füße treten, denn sie haben die Konvention ja unterschrieben“, sagte Simon.